

Burgfrieden in der Steueroase Europäisches Patentamt

Der autokratische Präsident Battistelli ist unbeliebt. Eine Gewerkschaft machte ihn gar für Selbstmorde verantwortlich. Jetzt gab es Gespräche.

kön. MÜNCHEN, 24. April. Benoît Battistelli pflegt die französische Schule par excellence. Im autokratischen Führungsdanken steht er ganz in der Tradition von Frankreichs Eliteschmieden, dem Pariser Institut für Politikwissenschaften und der Verwaltungshochschule für den höheren Staatsdienst (ENA), wo er sich Hierarchie- und Obrigkeitdenken mit wenig Dialog und viel Delegation von oben nach unten angeeignet hat. So ein Stil kommt nicht immer gut an, nicht einmal in einer internationalen Organisation wie dem Europäischen Patentamt (EPA) mit Sitzen in München und Den Haag, in der 38 europäische Länder Mitglieder sind.

Der 64 Jahre alte Franzose Battistelli, seit 2010 im Präsidentenamt, wird denn im Hause auch als „Sonnenkönig“ betitelt. Das passt: Das EPA genießt exterritorialen Status mit Immunität, unterliegt damit nicht der nationalen Rechtsprechung. „Monsieur le Président“ hat gar Diplomatenstatus. Erst recht aber stößt das Obrigkeitdenken auf Kritik, wenn dieser mit Reformen Privilegien im 1973 gegründeten EPA zu beschneiden droht. Durchschnittlich 120 000 Euro im Jahr verdienen die rund 7000 Mitarbeiter aus 30 Ländern, darunter knapp 4300 hochqualifizierte Ingenieure, bei 40 Stunden Wochenarbeitszeit und bis zu drei Monaten Urlaub; Steuersatz 6 Prozent; das EPA zahlt Arzt und Ausbildung der Kinder.

Battistelli schickt sich an, mehr zu kontrollieren. Seit diesem Monat verlangt er ein ärztliches Attest im Fall von Krankheit und Arbeitsunfähigkeit nach drei Tagen; sonst eine Selbstverständlichkeit in Deutschland. Auffällig hoch sind nämlich Krankenstand und Fehlzeiten. Seit Jahresanfang gelten neue Kriterien für die Leistungsbewertung der Mitarbeiter. In diesem Umfeld gärt es schon mehr als ein Jahr zwischen der Gewerkschaft IGEPA und dem Präsidenten, für den diese als Gesprächspartner nicht existiert. Sie blies zum Angriff und unterstellte Battistelli eine Mitverantwortung für den Suizid von Mitarbeitern unter anderem we-

gen Mobbing; mit dem Ziel, den Präsidenten aus dem Amt zu jagen, begleitet von Streiks und Demonstrationen.

Vergangenen Mittwoch setzte sich die Vernunft durch. Battistelli, der Verwaltungsratspräsident Jasper Kungstad sowie die beiden Gewerkschaften IGEPA und die etwas besonnenere FFPE, die die Mitarbeiter in Den Haag repräsentiert, setzten sich an einen Tisch. Sie redeten drei Stunden miteinander, was als großer Erfolg gewertet wird. Es sollte der erste Schritt für einen „sozialen Dialog“ sein. Der Runde Tisch soll gar am Ende zu der förmlichen Anerkennung der Gewerkschaften führen, teilte die EPA mit. Das nächste Treffen der Kontrahenten ist für den 28. Mai geplant. Die IGEPA wertet es positiv, dass es zu einem „offenen Austausch“ gekommen ist. Es müsse jedoch mehr geschehen als nur die Anerkennung der Gewerkschaften. Sie fordern, in den Reformprozess eingebunden zu werden.

Einsicht setzte sich beim Präsidenten durch, auch mit Druck durch den Verwaltungsrat. Der hat anscheinend – wie zu hören ist – die Notwendigkeit für die Friedensgespräche erkannt, traf dabei auf einen erstaunlich gesprächsbereiten Battistelli. Denn auch ihm wurde klar, dass Anfang April eine rote Linie überschritten wurde. Da erschien in der französischen Zeitung „Le Monde“ ein Artikel über die Krise im EPA. Fast minutiös wurden vier Suizid-Fälle von Angestellten aufgeführt, die sich in drei Jahren ereigneten und auf Depressionen zurückzuführen gewesen sein sollen. Im März hatte ein deutscher Mitarbeiter in München den Freitod gewählt. Die IGEPA wird in dem Artikel damit zitiert, dass sie Battistelli für die Verhältnisse verantwortlich mache, der sich missbräuchlich des in den Statuten festgelegten Prinzips der juristischen Immunität bediene. Der Präsident zeigte sich im selben Artikel „schockiert“ über die Versuche, die tragischen Vorfälle zu instrumentalisieren und die Suizide gegen ihn ins Feld zu führen.

Schon im vergangenen Jahr prangerte die IGEPA die Verhältnisse im EPA an. Reformen des Personalmanagements und der Arbeitsbedingungen seien eingeleitet worden, ohne diese durch eine unabhängige Stelle auf die Vereinbarkeit mit Grundrechten und allgemein akzeptierten Rechtsgrundsätzen zu prüfen. Mitarbeiter können nur über ein Schiedsgericht der In-



Benoît Battistelli

Foto Andreas Müller

ternationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf, nicht über nationale Arbeitsgerichte, Rechte einklagen. Kritisiert wird die Intransparenz der Führung. Abweichende Meinungen würden unterdrückt. „Strukturell tritt der Präsident für alle Angelegenheiten als Ankläger, Ermittler, Richter und als letzter Schiedsmann auf“, beschreibt die IGEPA den autokratischen Führungsstil. Im November 2014 schmiss

Battistelli die Gewerkschaft aus den Räumen des EPA. Im Februar drohte er Streikenden noch mit disziplinarischen Maßnahmen.

Um so bemerkenswerter die Wende ein paar Wochen später: In „Le Monde“ legte „Monsieur le Président“, dessen Vertrag vergangenes Jahr um drei Jahre bis 2018 verlängert worden ist, höchstselbst seine Besoldung von 250 000 Euro offen; bis dato eines der am meisten gehüteten Geheimnisse. Der Zeitungsbericht schien einen heilsamen Schock auszulösen. Im Verwaltungsrat und beim Präsidenten reifte der Fall France Télécom zur Mahnung. 2010 trat der Vorstandschef Didier Lombard zurück, nachdem eine Suizid-Serie von mehreren Dutzend Mitarbeitern den Konzern erschüttert hatte. Und es setzte sich die Erkenntnis durch, dass die Reformen in Kooperation und nicht im Krieg mit den Gewerkschaften vorangetrieben werden können. Battistelli hat sein Amt mit dem Auftrag angetreten, die schon vorher angestoßenen Erneuerungspläne der Behörde umzusetzen. Unruhen oder gar eine Eskalation mit öffentlicher Aufmerksamkeit in einer diskret agierenden Institution wie dem EPA könnten eine Erfolgsbilanz des Präsidenten verhindern. Der hat eigentlich schon einiges erreicht und das EPA gegenüber den konkurrierenden Patentorganisationen in den Vereinigten Staaten und in Asien seit seiner Amtszeit gestärkt. 274 000 Patentanmeldungen gab es 2014. Nur 64 600 Patente wurden tatsächlich erteilt, was auf die hohen Anforderungen hindeutet. Je sorgsamer geprüft und ausgesiebt wird, um so weniger sind Patente anfechtbar.

Mit einem Budget von 2 Milliarden Euro finanziert sich das Amt aus den teuren Patenteinnahmen selbst, das daraus auch Gelder an die 38 Mitgliedsländer verteilt. Die haben jeweils eine Stimme, unabhängig von ihrer Bedeutung; ob es sich um Albanien handelt oder um Deutschland, aus dem die meisten Anmeldungen kommen. Dieser Geburtsfehler hat dazu beigetragen, dass autokratische Strukturen entstehen konnten. Der Präsident konnte sich so stets kleine Staaten gewogen machen – wie es der umstrittene und machtbesessene Sepp Blatter zu tun pflegt, Präsident der größten Sportorganisation, dem Weltfußballverband Fifa. Der große Unterschied zu Blatter ist, dass Battistelli lernfähig und einsichtig ist.

Truce at the Tax Haven of the European Patent Office

The autocratic President, Battistelli, is not a popular person. One union is even holding him responsible for suicides. Now discussions are under way.

kön. MUNICH, 24 April. Benoît Battistelli represents the French School *par excellence*. His autocratic management style is entirely in the tradition of the cradle of France's elite, the Paris Institute of Political Science and School of Management for Executive State Service (ENA), where he embraced hierarchical and authoritarian thinking, with little dialogue and a lot of top-down delegation. A style like that does not always sit well, and even less so in an international organization such as the European Patent Office (EPO), with headquarters in Munich and The Hague, and with 38 European countries as members.

Battistelli, a 64-year-old Frenchman, being in office since 2010, has been dubbed the "Sun King" within the Office. The title fits: The EPO enjoys extra-territorial status with immunity, and is therefore not subject to national legislation. "Monsieur le Président" even has diplomatic status. But this authoritarian approach runs into trouble if it threatens to bring in reforms that erode privileges at the EPO, founded in 1973. The 7000 or so staff, from 30 countries, earn an average of 120,000 Euro a year, among them some 4300 highly qualified engineers, for a 40-hour working week and up to three months of holidays, a tax rate of 6 percent, and the EPO paying for medical care and children's education.

Battistelli is out to exert more control. As of this month, he is demanding a doctor's certificate in the event of illness and inability to work after three days, something which otherwise goes without saying in Germany. Illness numbers and time off are noticeably high. Since the start of the year, new criteria apply for assessing the performance of the staff. In this context, trouble has been brewing for more than a year between the union SUEPO and the President, who does not recognize them as discussion partners. This has resulted in an attack on Battistelli, accusing him of joint responsibility in the suicide of staff members, among other reasons due to mobbing tactics. The aim is to drive the President from office, accompanied by strikes and demonstrations.

Last Wednesday, the reasonable approach won through. Battistelli, the Chairman of the Administrative Council Jesper Kongstad, and the two unions SUEPO and the somewhat more moderate FFPE, which represents the staff at The Hague, sat down at the same table. They talked for three hours, which is regarded as a great success. It is seen as the first step towards a "social dialogue". According to the EPO, the ultimate aim of the Round Table is to lead to the formal recognition of the unions. The next meeting between the opposing parties is scheduled for 28 May. The SUEPO views it as positive that it has come to an "open exchange". More is going to need to happen than simply the recognition of the unions, however; they are demanding to be integrated into the reform process.

The President has come to this understanding, with some pressure from the Administrative Council. Word has it that the Council has recognized the necessity of peace talks, and in the process has encountered an amazingly forthcoming Battistelli. It has become clear to him too that at the beginning of April a line was crossed. An

article about the crisis at the EPO appeared in the French newspaper "Le Monde". Four cases of suicide of Office employees were analyzed in almost minute detail, which occurred in three years and are said to have been attributable to depression. In March, a German employee in Munich took his own life. The SUEPO was quoted in the article as saying that they held Battistelli responsible for the circumstances, and that he was abusing the principle enshrined in the Statutes of judicial immunity. The President stated in the same article that he was "shocked" at the attempts to exploit the tragic incidents as an instrument, and to lay the suicides at his door.

The SUEPO already took up arms about the situation at the EPO last year. Reforms in personnel management and working conditions were said to have been introduced without having been examined by an independent body with regard to compatibility with fundamental rights and generally accepted principles of law. Staff can only lodge complaints about rights by way of an arbitration tribunal of the International Labour Organization (ILO) in Geneva, not via national labour courts. The lack of transparency in management was criticized. Divergent opinions have been suppressed. "In structural terms, the President appears in all matters as accuser, examiner, judge, and final arbiter" is how the SUEPO describes the autocratic management style. In November 2014 Battistelli threw the union out of the EPO premises, and in February he threatened strikers with disciplinary measures.

All the more startling, then, the change just a few weeks later: In "Le Monde" "Monsieur Le Président", whose contract was extended last year by three years, until 2018, was perfectly open about his salary of 250,000 Euro, which up to now has been one of the most closely guarded secrets. The newspaper report appears to have unleashed a shockwave. The case of France Télécom may have sounded warning bells with the President and the Administrative Council. In 2010, CEO Didier Lombard stood down after a series of suicides by several dozen employees shook the concern. And the fact also sank in that the reforms can be moved ahead in co-operation with the unions, and not at war with them. Battistelli took office with the task of putting into effect plans for renewal of the authority which had already run into difficulties. Unrest or even escalation under public gaze in an institution which acts discreetly such as the EPO could affect the success record of the President. He has in fact already scored a number of successes, and has strengthened the EPO in relation to the competing patent organizations in the United States and in Asia during his time in office. In 2014 there were 274,000 patent applications, while only 64,600 patents were actually granted, which is an indicator of the high demands involved. The more careful the examinations and screening procedures, the fewer the number of patents which can be challenged.

With a budget of 2 billion Euros, the Office finances itself from the expensive patent earnings, from which money is also distributed among the 38 Member States. Each of these has one vote, regardless of their significance, whether it be Albania or Germany, from which the most applications come. This congenital defect has contributed to the evolution of the autocratic structures. The President has always been able to bring small states into the balance, just as the controversial and power-obsessed Sepp Blatter is prone to do, President of the largest sports organization in the world, the World Football Association Fifa. The big difference with regard to Blatter is that Battistelli is able to learn – and he's perceptive.

Trêve dans cet oasis fiscal qu'est l'Office européen des brevets

L'autocratique Président Battistelli est mal aimé. Un syndicat va même jusqu'à le rendre responsable de suicides. Aujourd'hui, les deux camps ont déposé les armes.

Kön. MUNICH, 24 avril. Benoît Battistelli est de la vieille école française. En parfait autocrate, il perpétue la tradition de ces couveuses de l'élite française que sont l'Institut parisien d'études politiques et l'Ecole nationale d'administration (ENA), où il a parfaitement intégré les concepts de hiérarchie et de servilité, avec peu de dialogue et beaucoup de délégation aux niveaux subalternes. C'est un style qui ne plaît pas toujours, surtout dans une organisation internationale comme l'Office européen des brevets (OEB), dont les sièges se trouvent à Munich et à La Haye et qui compte 38 Etats membres.

Ce Français de 64 ans, en poste depuis 2010, on l'appelle « le Roi Soleil » dans les couloirs de l'OEB. Et ça lui va bien : l'Office bénéficie d'un statut extraterritorial, de l'immunité qui l'accompagne ; il n'est donc pas soumis aux juridictions nationales. « Monsieur le Président » a même le statut de diplomate. Tout cela est bien beau mais le culte de la servilité prête le flanc à la critique lorsque l'OEB, fondé en 1973, envisage des réformes qui menacent ces privilèges. Ses quelques 7 000 collaborateurs issus de 30 pays, dont 4 300 ingénieurs hautement qualifiés, gagnent en moyenne 120 000 € par an, pour des semaines de 40 heures et jusqu'à trois mois de congés annuels, un taux d'imposition de 6 % et une prise en charge totale des frais médicaux et de scolarité des enfants.

Benoît Battistelli s'est mis en tête de renforcer son contrôle. Depuis ce mois-ci, il exige un certificat médical en cas de maladie et d'incapacité de travail dépassant trois jours, ce qui est d'ailleurs la règle en Allemagne. Les congés de maladie et l'absentéisme sont en effet chroniques à l'OEB. Depuis le début de l'année, de nouveaux critères sont entrés en vigueur en matière de demande d'indemnités. Dans un tel contexte, le torchon brûle déjà depuis plus d'un an entre le syndicat USOEB et le Président, pour qui le syndicat n'est pas un interlocuteur valable. Il faut dire que l'USOEB a porté le premier coup en accusant Benoît Battistelli d'être responsable, par ses brimades, du suicide de plusieurs collaborateurs. Son objectif est de faire démettre le Président de ses fonctions, à l'aide de grèves et de manifestations.

Mercredi dernier, les deux camps semblaient être revenus à la raison. Benoît Battistelli, le Président du Conseil d'administration Jesper Kongstad et les deux syndicats, l'USOEB et la FFPE, qui fédère le personnel de La Haye, se sont assis à une même table. Les discussions ont duré trois heures, ce qui a été salué comme un grand succès. Il devrait s'agir du premier pas vers un « dialogue social ». Cette table ronde devrait également aboutir à la reconnaissance formelle des syndicats, dit-on à l'OEB. La prochaine table ronde est prévue pour le 28 mai. L'USOEB estime positif que la réunion se soit déroulée dans un « esprit d'ouverture ». Mais la reconnaissance des syndicats ne suffit pas. Ils demandent également à être impliqués dans le processus de réformes internes.

Le Président est apparemment revenu à de meilleurs sentiments, notamment sous la pression du Conseil d'administration. Celui-ci a – dit-on – admis la nécessité de pourparlers de paix et a rencontré à ce sujet un Battistelli étonnamment ouvert au dialogue. Car lui aussi

a bien vu que, début avril, on avait franchi la ligne rouge. C'est à cette époque qu'est paru dans Le Monde un article sur la crise à l'OEB. Le suicide pour dépression de quatre employés en trois ans y était minutieusement relaté, le dernier cas étant un Allemand du siège de Munich, qui s'est donné la mort dans le courant du mois de mars. L'USOEB, pouvait-on lire dans l'article, rendait le Président Battistelli responsable de ces drames, Président qui abusait selon elle du principe d'immunité juridique inscrit dans les statuts. Dans ces mêmes colonnes, l'accusé se disait « choqué » de ces tentatives d'instrumentalisation d'événements tragiques dans le seul but de lui nuire.

L'année dernière, l'USOEB dénonçait déjà vivement la situation à l'OEB. Selon elle, des réformes dans la gestion du personnel et les conditions de travail ont été mises en place sans qu'un organisme extérieur et indépendant soit chargé d'en vérifier la conformité aux droits fondamentaux et aux règles de droit communément admises. Les collaborateurs qui se sentent lésés ne peuvent s'adresser qu'à une cours arbitrale de l'OIT à Genève pour faire valoir leurs droits, et non aux tribunaux nationaux du travail. Le manque de transparence de la direction est critiqué. Les opinions qui dérangent sont réprimées. « D'un point de vue structurel, le Président est tout à la fois plaignant, médiateur, juge et, en fin de compte, arbitre », explique l'USOEB pour décrire le mode de direction de l'Office. En novembre 2014, Benoît Battistelli a jeté le syndicat à la porte des locaux de l'OEB. En février dernier, il a menacé les grévistes de mesures disciplinaires.

Le retournement de situation, quelques semaines plus tard, n'en est que plus remarquable. Dans les pages du Monde, « Monsieur le Président », dont le contrat a été prolongé de trois ans l'année dernière, donc jusqu'en 2018, a dévoilé spontanément le montant de son salaire : 250 000 €, secret jusqu'alors jalousement gardé. Cet article du Monde semble avoir déclenché une onde de choc salutaire. Le Conseil d'administration et le Président ont dû se souvenir de l'affaire France Télécom. En 2010, son P.-D.G. Didier Lombard avait démissionné suite au suicide de plusieurs dizaines d'employés du groupe. L'idée a alors fait son chemin que les réformes devaient être élaborées *avec* les syndicats et non *contre* eux. Benoît Battistelli a pris ses fonctions avec pour mission de mettre en pratique les plans de renouvellement des cadres, plans jusque-là dans l'impasse. Des troubles sociaux, voire un surcroît d'attention de la part de l'opinion publique pour une institution aussi discrète que l'OEB, risquaient de ternir le bilan du Président. Or celui-ci était plutôt positif : depuis son entrée en fonction, il était effectivement parvenu à renforcer l'OEB contre les organisations de délivrance de brevets concurrentes, aux Etats-Unis et en Asie. En 2014, l'OEB a enregistré 274 000 demandes de brevets. Seuls 64 000 brevets ont été délivrés, ce qui témoigne du haut niveau d'exigences de l'Office européen. Plus les brevets sont examinés et filtrés soigneusement, plus ils sont difficiles à obtenir.

Avec un budget de deux milliards d'euros, l'Office s'autofinance sur les revenus élevés des brevets et trouve encore le moyen de répercuter une partie de cet argent aux 38 Etats membres. Chaque Etat dispose d'une voix, quelle que soit son importance, qu'il s'agisse de l'Albanie ou de l'Allemagne, d'où proviennent la plupart des demandes. Cette disposition statutaire a contribué à ce que des structures autocratiques puissent se développer et à ce que le Président se fasse toujours soutenir par les petits Etats. C'est aussi le mode de fonctionnement de Sepp Blatter, le très puissant et très contesté Président de la plus grande organisation sportive internationale, la Fédération internationale de football (FIFA). La grande différence entre Blatter et Battistelli est que ce dernier est capable d'apprendre et de comprendre.